



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Tschirch, Otto: Bismarck als preußischer Landtagsabgeordneter. 2.
Bismarcks Beziehungen zu seinem Wahlkreise von 1849 bis 1952

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Ansicht die französischen Interessen geopfert werden, sträubt, das Abkommen zu bestätigen und damit endgiltig einzuführen, da sich alle übrigen Instanzen bereits entschieden haben. Darob scheint nun in der Regierung der Dominion eine böse Erregung zu herrschen. Man verliert dort die Geduld und hat in diesen Tagen schon mit der Aufhebung des *modus vivendi* von 1893 gedroht, wie die Tagespresse meldete. Das wäre dann die erfreuliche Aussicht auf einen erbitterten Zollkrieg! Und zugleich eine sehr mißtönende Begleitmusik zu den dichterischen und sentimentalischen Ergüssen über Stammesverwandtschaft zwischen Kanadiern und Franzosen, an denen es auf den Festen von Quebec nicht fehlen wird.



Bismarck als preußischer Landtagsabgeordneter

Von Otto Tschirch

2. Bismarcks Beziehungen zu seinem Wahlkreise von 1849 bis 1852



er Sieg Bismarcks im Wahlkampfe vom Februar 1849 war wesentlich dadurch gewonnen worden, daß man es bis in die liberalen Kreise Brandenburgs für notwendig hielt, nach der Verleihung der Verfassung die Krone gegen weitere demokratische Angriffe zu schützen.

Der besiegte Wahlkandidat Ziegler wurde für seine Niederlage dadurch entschädigt, daß man ihn in Berlin wählte, und die Brandenburger Demokraten feierten diesen Erfolg durch einen Fackelzug. Im übrigen war die Linke sehr erbittert, daß ein Mitglied der äußersten Rechten der Sieger war, und nahm sogleich den planmäßigen Preßkampf gegen Bismarck auf. Indem die Bezirksvereine die Reden, die er im vereinigten Landtage gehalten hatte, und seine Abstimmungen nach den stenographischen Berichten veröffentlichten, suchten sie die liberalen und die gemäßigt konservativen Wähler von ihm abwendig zu machen, wie es scheint nicht ohne Erfolg. Mußte doch in der That eine genauere Kenntnis der bisherigen politischen Tätigkeit Bismarcks die Brandenburger Wähler davon überzeugen, daß sein Standpunkt ein extrem konservativer war und vielen liberalen Lieblingsmeinungen der Zeitgenossen direkt ins Gesicht schlug. Bismarck versäumte nicht, auf diese Veröffentlichungen der Brandenburger Bezirksvereine zu antworten. Er übersandte seinem politischen Kampfgenossen, dem Bürgermeister Brandt, eine Erwiderung, die am 3. März 1849 im Brandenburger Anzeiger erschien. Bismarck dankte darin dem Zentralausschuß der Bezirksvereine ironisch dafür, daß er sich bemüht habe, eine genauere Bekanntschaft zwischen den Wählern des Bezirks und ihm einzuleiten. Die vollständigste Öffentlichkeit aller seiner politischen Handlungen entspräche durchaus

seinen Wünschen. Er bestätigt und vervollständigt die Angaben des Artikels über seine Abstimmungen. Indem er dann mit freudiger Genugtuung davon Kenntnis nimmt, daß auch die Bezirksvereine das Vertrauen des Wahlkörpers anerkannten, das ihn zum Volksvertreter berufen habe, schließt er:

„Ich werde es mit Dank erkennen, wenn der Zentralausschuß, seinem Versprechen gemäß, fortfahren will, auf genaue Schilderung meiner politischen Vergangenheit ein engeres Verhältnis zwischen den Urwählern und mir zu begründen, und gebe mich der Hoffnung hin, daß die Bezirksvereine selbst bei dieser Gelegenheit die Überzeugung gewinnen werden, daß ich stets ohne Menschenfurcht öffentlich ausgesprochen habe, was ich glaubte, vor meinem Gewissen und meinen Wählern verantworten zu können, eine Richtung, in der ich mich auch jetzt mit Gottes Hilfe erhalten werde!“

Wenn der Abgeordnete hier vornehm und höflich, aber mit überlegener Fronie die Gegner abfertigt, so besteht doch kein Zweifel, daß die Demokratie in diesen Mitteilungen ein sehr wirksames Mittel gefunden hatte, die Beliebtheit Bismarcks in Brandenburg zu untergraben.

Verschärft wurde die Entfremdung zwischen dem Abgeordneten und einem Teil seiner Wähler durch seine Haltung in der deutschen Frage.

Bismarck hat ja nicht nur im Landtage vom Februar bis April 1849 gegen den Strom schwimmend die Ziele der Liberalen rücksichtslos bekämpft, sodaß man in ihm seit jener Zeit den verwegensten Vertreter des Junkertums sah, nein am ärgsten hat er doch die Gefühle der deutschnational gesinnten dadurch verletzt, daß er sich damals den Träumen entgegenstellte, die Einheit des deutschen Reichs könne von Preußens König durch Annahme der Frankfurter Verfassung hergestellt werden. Als am 21. April in der zweiten Kammer trotz der Ablehnung der deutschen Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm den Vierten der Antrag gestellt wurde, den König um Änderung seines Entschlusses und Anerkennung der von der deutschen Nationalversammlung vollendeten Reichsverfassung zu ersuchen, trat Bismarck diesem Antrage entschieden entgegen. Er meinte, Preußen solle lieber Preußen bleiben, als daß es von den Frankfurter Theoretikern Geseße annähme, und begründete schließlich seine Ansicht durch ausdrückliche Berufung auf seine Eigenschaft als Abgeordneter der Stadt Brandenburg. Er sagte: „Ich habe als Abgeordneter die Ehre, die Kur- und Hauptstadt Brandenburg zu vertreten, welche dieser Provinz, der Grundlage und Wiege der preußischen Monarchie, den Namen gegeben hat, und fühle mich deshalb um so stärker verpflichtet, mich der Diskussion eines Antrags zu widersetzen, welcher darauf hinausgeht, das Staatsgebäude, welches Jahrhunderte des Ruhms und der Vaterlandsliebe aufgebaut haben, welches von Grund auf mit dem Blut unsrer Väter gekittet ist, zu untergraben und einstürzen zu lassen. Die Frankfurter Krone mag sehr glänzend sein, aber das Gold, welches dem Glanze Wahrheit verleiht, soll erst durch das Einschmelzen der preußischen Krone gewonnen werden, und ich habe kein Vertrauen, daß der Umgang mit

der Form dieser Verfassung gelingen werde.“ Es sind dies Worte, denen die spätern ergänzenden im September 1849 zur Seite zu stellen sind: „Wir alle wollen, daß der preussische Adler seine Fittiche von der Memel bis zum Donnersberge schützend und herrschend ausbreite, aber frei wollen wir ihn sehn, nicht gefesselt durch einen neuen Regensburger Reichstag und nicht gestützt an den Flügeln von jener gleichmachenden Heckensehene aus Frankfurt.“

Heute, wo wir eine tiefere Erkenntnis der damals miteinander ringenden Gegensätze gewonnen haben, vermögen wir den Gedankengang Bismarcks einigermaßen zu verstehen. Wenn die unitarisch empfindenden liberalen Politiker der Paulskirche, die Friedrich Wilhelm dem Vierten die Kaiserkrone anboten, allen Ernstes daran gedacht haben, Preußen zum Heile Deutschlands in seine Provinzen zu zerschlagen, ihm kein Sonderparlament zu gestatten, seine Regierung nach Frankfurt am Main übersiedeln zu lassen und den Schwerpunkt der Macht in das vom Volke gewählte Parlament zu verlegen,*) so können wir uns denken, daß sich der stolze Preuße Bismarck solchen Absichten mit aller Wucht entgegenwarf. Auch mag er mit weitem Blick den Augenblick für eine Einigung Deutschlands durch Preußen noch nicht für gekommen gehalten und diese Rolle einem siegreichen, nicht einem durch die Revolution geschwächten Hohenzollernstaat gewünscht haben. Aber die wackern Deutschen jener Zeit hörten aus jenen Worten nur verbissenen preussischen Partikularismus, fanden sich in ihren heiligsten Gefühlen gekränkt und stimmten dem edeln Rheinländer von Beckerath zu, der mit zornigem Kummer Bismarck Deutschlands verlornen Sohn nannte.

35 Brandenburger liberale Wahlmänner erließen in der Vossischen Zeitung vom 28. April eine Erklärung, die Stadt Brandenburg verdanke lediglich dem Umstande, daß sie in einem überwiegend ländlichen Wahlkreise gelegen sei, der Bismarck mit ganz knapper Mehrheit gewählt habe, die historische Merkwürdigkeit, von diesem Führer der äußersten Rechten vertreten zu werden. Die politischen Ansichten des Herrn von Bismarck seien keineswegs die der Mehrzahl der Brandenburger Bevölkerung; die 35 Unterzeichneten gehörten der volkstümlichen Partei an und hätten gegen Bismarck gestimmt. Die Zahl der Brandenburger Wahlmänner einschließlich des Doms betrage 68, sodaß also nur die Minderheit von höchstens 33 Wahlmännern für ihn eingetreten sei, und auch der Erwartung dieser Männer entspräche die Haltung des Abgeordneten vermutlich nicht. Wirklich erfolgte damals ein merklicher Umschwung der Stimmung unter den gemäßigt Liberalen und den Konservativen Brandenburgs gegen Bismarck. Als die zweite Kammer in jenen Tagen (April 1849) aufgelöst wurde, weil sie die Verlängerung des Belagerungszustandes in Berlin für ungesetzlich erklärt und die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung gefordert hatte, und als nun

*) Vgl. die sehr lehrreichen Ausführungen Fr. Meinekes in seinem Buche: Weltbürgertum und Nationalstaat. München und Berlin, 1908. Seite 340 bis 433.

die Neuwahl mit einem veränderten Wahlsystem, dem jetzigen, nach drei Klassen und unter öffentlicher Stimmabgabe erfolgte, fand die Wiederwahl Bismarcks große Schwierigkeiten, obwohl doch die Veränderung des Wahlmodus ihm günstig sein mußte. Er wandte sich mit einem Flugblatte an seine Wähler, das in seiner einfachen volkstümlichen Sprache vor allem auf die Bauern berechnet war. Er erklärt die Auflösung der Kammer durch den König, wozu er nach der Verfassung das Recht habe, für geboten, weil die Zustände in der Kammer unhaltbar gewesen seien. Das Haus sei in zwei ziemlich gleiche Hälften, eine regierungsfreundliche und eine oppositionelle, gespalten gewesen, zwischen denen ein Duzend Männer den Ausschlag gaben. Die Kammer habe nur geringe positive Arbeit geleistet, dagegen durch zahllose Interpellationen und siebenzig zeitraubende namentliche Abstimmungen unendlich viel Zeit vergeudet. Auch die Erörterung der Frage, ob der König die deutsche Kaiserkrone annehmen solle, einer Frage, die zu entscheiden dem Herrscher allein zustünde, und die er zum Wohle seiner Preußen ablehnend entschieden habe, habe die Kammer in die Hand genommen, teilweise in ehrgeizigen Absichten. So sei man nicht dazu gekommen, die Not des Landes zu lindern, und es diene zum Wohle des Staats, wenn die Kammer aufgelöst würde, damit Männer gewählt werden könnten, die nicht darauf ausgingen, die Minister zu stürzen, um sich an ihre Stelle zu setzen, sondern den innern und äußern Frieden des Landes zu befördern trachteten.

In der Landbevölkerung fand dieser Rechenschaftsbericht willige Hörer. Aber in Brandenburg trat unter den bisherigen Anhängern Bismarcks eine Spaltung ein. Die gemäßigten konservativen und liberalen Elemente der Stadt schlossen sich zu einem Bürgerverein für konstitutionelle Wahlen zusammen, der das Wohl des ganzen Volks und die Erhaltung der konstitutionellen Grundfesten des Staats durch Besonnenheit auf ihre Fahne schrieb. Diese Gruppe stellte an Stelle von Bismarck den Geheimen Finanzrat Pochhammer als Kandidaten auf. Vergebens trat der Rittmeister von Voebell, der Vater des jetzigen Unterstaatssekretärs im Reichskanzleramt, warm für den bisherigen Abgeordneten ein. Er hob hervor, daß sich Bismarck als ein treuer Anhänger des konstitutionellen Königs und ein wohlmeinender Freund aller Stände bewiesen habe, und daß die Ehre der Patrioten erfordere, „diesen ehrenwerten, mutvollen, kräftigen, kenntnisreichen Mann wieder zu wählen, dem die Verhältnisse der Städte sowohl als des Landes genau bekannt seien“. Umsonst! In Brandenburg blieb nur der patriotische Verein unter Varschall Bismarck treu und wirkte für den Angegriffnen durch öffentliche Kundgebungen. Aber es gingen ihm doch fast alle Brandenburger Stimmen verloren, und er schrieb am 20. Juli seiner Gattin von dort, seine Wahl hier sei sehr unwahrscheinlich, da man, nachdem man die Noten unschädlich gemacht habe, nun um so mehr Sorge vor der Reaktion habe. Die Demokraten brächten die ärgsten Räubergeschichten über ihn unter die Bauern, schwärzten ihn als einen teuflischen Wüterich an, und

bei seinem Namen gehe den gläubigen Hörern ordentlich ein Gruseln von oben runter, als wenn man gleich ein paar altpreussische Fuchtelhiebe übergezogen erhalten sollte.

Da wurde die Stellungnahme der Rathenower Wahlmänner für Bismarck wichtig. Seit der ersten Wahl, die in Rathenow für ihn ungünstig ausgefallen war, hatte er dort sichtlich Boden gewonnen. Der Magistrat hatte sich an ihn gewandt, um durch seinen Einfluß der Stadt Vorteile zuzuwenden, und Bismarck benutzte dies, um nähere Beziehungen zur Gemeinde zu gewinnen. Vor der Wahl erschien er dann in Rathenow, wahrscheinlich am 21. Juli, und wußte die in Bölfes Gewächshause versammelten Wahlmänner durch eine schlichte und markige Wahlrede für sich zu gewinnen. Ein Zeitgenosse hat diese Wahlversammlung und ihre Nebenumstände sehr launig erzählt. Es entwickelt sich da zwischen dem Gutsherrn von Schönhausen und dem in Politik reisenden Holz- und Strohhändler Heidepriem aus Schollehne ein sehr ergötzliches Wortgefecht, in dem der politische Strohhändler natürlich den kürzern zieht. Die Wogen müssen aber damals in dem Städtchen sehr hoch gegangen sein, denn als Bismarck im offenen Wagen den Ort verließ, traf ein wohlgezielter Steinwurf aus der Mitte der wütenden Volksmenge seinen Arm, eine Verwundung, an die sich der alte Kämpfe noch nach vielen Jahren erinnert hat. Jedenfalls kamen ihm aber die 22 Stimmen der Rathenower zugute. Am 28. Juli 1849 wurde Bismarck wieder mit knapper Majorität neben seinem Gegner Pochhammer gewählt. Nach den amtlichen Wahllisten des Ministeriums des Innern erhielt von 318 anwesenden Wahlmännern Bismarck bei der ersten Abstimmung 172 Stimmen, gegenüber 144 für Pochhammer abgegebenen, während bei der zweiten Abstimmung Pochhammer mit 208 Stimmen gegen 99 für Assessor Bindewald gezählte durchdrang.

Der König nahm an dem Wahlergebnis lebhaften Anteil. Als der Herrscher im Oktober 1849 nach Brandenburg kam, um die neunte Säcularfeier des Doms zu begehen und das 1848 zu den Sitzungen der Nationalversammlung benutzte Gotteshaus neu zu weihen, lud er den Abgeordneten von Bismarck-Schönhausen zu dieser von großem Jubel des Volkes begleiteten Feier, und als bei dem Festmahle, zu dem auf des Königs Wunsch alle Schulzen und Pfarrer aus den Dörfern des Domstifts eingeladen worden waren, der Monarch auf die alte, getreue Kur- und Hauptstadt Brandenburg trank, stellte Bismarck der Königin die wackern Dorfschulzen vor, die sich um seine Wahl besonders verdient gemacht hatten.

Anfang 1850 wurden dann auch die Wahlen für das Volkshaus des deutschen (Unions-) Parlaments in Erfurt ausgeschrieben, wo der deutsche Unionsverfassungsentwurf beraten werden sollte, und Bismarck wurde in seinem alten Wahlbezirk, wie es scheint, ohne Schwierigkeit gewählt, obwohl gerade damals in der Bauche über revolutionäre Unruhen auf dem Lande geklagt wurde. Während aber die Verhandlungen in Erfurt, wie es scheint, keine

Veranlassung zur Verständigung zwischen dem Abgeordneten und seinen Wählern gegeben haben, hat der Tag von Olmütz einen lebhaften Meinungsaustrausch des Einverständnisses zwischen Bismarck und den Politikern der Sauche und Westhavellands hervorgerufen.

Preußen hatte bekanntlich damals vor den Kriegsdrohungen Österreichs und Rußlands kapituliert, auf alle seine Unionspläne verzichtet und seine Truppen aus Hessen herausgezogen, die den Kurfürsten am Verfassungsbruch hatten hindern sollen. Für diese Politik des Ministeriums Manteuffel hat Bismarck im preußischen Landtage sehr im Gegensatz zu dem Prinzen von Preußen, dessen soldatischer Sinn den Rückzug aufs Schmerzlichste empfand, seine berühmte Rede vom 3. Dezember 1850 gehalten, die man trotz ihrer glänzenden Anlage nur mit gemischten Gefühlen lesen wird. Der Mann, der uns später von Österreichs Bevormundung befreien sollte, rechtfertigt darin einen demütigenden Vertrag, den Habsburg seinem Könige aufgezwungen hat. Zwei Gesichtspunkte haben ihn offenbar geleitet. Er wußte aus dem Munde des Kriegsministers selbst, daß Preußen nicht ausreichend gerüstet war, um sogleich loszuschlagen zu können. Dann aber blendete ihn die heftige Abneigung gegen den deutschen Liberalismus und dessen Gefahr für das alte Preußen über das Bedenkliche einer Annäherung an den natürlichen Gegner Habsburg, dessen Übelwollen er noch nicht erfahren hatte. Jedenfalls war es keineswegs seine Absicht, ein endgiltiges Beugen Preußens vor Österreich zu befürworten. Er wies ausdrücklich auf die bevorstehenden freien Konferenzen hin, die über die zukünftige Gestaltung Deutschlands entscheiden sollten, und während deren Dauer nach seinem Wunsche das Schwert noch nicht in die Scheide gesteckt werden sollte. Daß Manteuffel in Olmütz schon das verhängnisvolle Zugeständnis der Entwaffnung gemacht hatte, wußte er noch nicht.

Da es sehr wichtig erschien, die Regierungspolitik im Lande zu rechtfertigen, die erst zur Mobilmachung und dann zu einem offensichtlichen Rückzuge geführt und natürlich im Lande große Aufregung hervorgerufen hatte, beschloß die konservative Partei, Bismarcks Rede in zwanzigtausend Exemplaren drucken und im Lande verbreiten zu lassen. Der Patriotische Verein der Sauche ergriff diese Veranlassung, dem Abgeordneten eine am 19. Januar 1850 beschlossene, von Arnstedt abgefaßte Adresse zu überreichen, in der ihm für die treue Vertretung der heiligsten Interessen des Volkes, insbesondere aber für die glorreiche Verteidigung der letzten Regierungsmaßregeln in der ewig denkwürdigen Rede vom 3. Dezember gedankt und der Wunsch ausgesprochen wird, es möge seinem Einflusse gelingen, aus der neuen Verfassung die revolutionären Eindringlinge, insbesondere die neue Gemeindeordnung zu beseitigen.

Wenn darin gesagt wird, daß er durch jene Rede dem Könige und dem preußischen Vaterlande den treuesten Dienst erwiesen habe, so sind es offenbar die monarchisch-konservativen, die warm vaterländischen Töne der Rede, in denen er die einmütige anhängliche Stimmung der Wehrmänner bei der Mobil-

machung hervorhebt, die jenen vollen Widerklang in den Wählern der Zauche erzeugten, und die Freude über die Erhaltung des Friedens. Der Stolz auf ihren hervorragenden Vertreter hat das übrige getan. Eine tiefere Auffassung der politischen Lage wird man in diesen Kreisen natürlich nicht erwarten.

Die parlamentarische Tätigkeit Bismarcks fand ein frühes Ende durch seine Ernennung zum Bundestagsgesandten. Allerdings ließ er sich noch einmal als solcher von seinem Wahlkreise wiedewählen (am 13. Oktober 1851), weil die Regierung auf seine Vermittlung in der konservativen Partei nicht verzichten wollte.*) Aber seine Beziehungen zu den Wählern lockerten sich natürlich, da der Hauptschwerpunkt seiner Tätigkeit nunmehr im Bundestage lag. Es spricht sich dies in den interessanten noch unveröffentlichten Briefen Bismarcks aus, die Friedrich Meusel in dem Familienarchiv von Arnstedts in Groß-Kreuz aufgefunden hat und demnächst zu veröffentlichen gedenkt.

In diesen zahlreichen Briefen bemüht sich der Frankfurter Bundestagsgesandte, die steigende Empfindlichkeit seiner märkischen Wähler, die ihn in der Kammer und auch wohl im Wahlkreise vermiffen, zu beschwichtigen. Er klagt über seine „Schirrmeistereizistenz“, er habe im letzten Jahre über zweitausend Meilen zurückgelegt und müsse von seiner Frau fast ganz getrennt leben. Daneben erzählt er von seinen diplomatischen Erfahrungen in Frankfurt und Wien. Seine neue Auffassung von Österreichs Auftreten Preußen gegenüber faßt er in die klassischen Worte: „Die Österreicher führen eine Fährnrichspolitik. Schwarzenberg scheint sich sein Verhältnis zu uns etwa so zu denken wie das eines leicht angetrunkenen Junkers vom Regiment Garde du Corps zu einem Nachtwächter, dessen äußersten Horn man schließlich mit einiger bonhommie und 2 Taler bar besänftigt. So lange dieser arrogante Windbeutel an der Spitze von Österreich steht, laufen wir stets Gefahr, in die Stellung von 1850 zurückzufallen, wenn auch mit besserem Recht auf unsrer Seite als damals.“ Nun, es stand schon der rechte Mann an rechter Stelle, der ein zweites Unmütz verhindern konnte.

Im Herbst 1852 kam es zur Lösung des etwas unerquicklich gewordenen Verhältnisses. Als eine Neuwahl bevorstand, legte Arnstedt Bismarck die Frage vor, ob es ihm sein Amt möglich ließe, dauernd in der Kammer anwesend zu sein. Der Befragte, der wohl wußte, welchen Wert König und Regierung auf die Beibehaltung seines Mandats legten, bat das Ministerium um Bescheid hierüber, und da lange keine Entscheidung kam, verzögerte sich seine Antwort an die Wähler sehr, was schließlich große Ungeduld erregte. Aber ein offener Brief Bismarcks beruhigte endlich den Unmut. Der Abgeordnete sprach den Wunsch aus, nicht wiedergewählt zu werden, da man nicht zugleich

*) Er wurde mit 191 von 250 Stimmen gewählt.

Kammermitglied in Berlin und Bundesgesandter in Frankfurt sein könne, er hoffe aber trotzdem, das Vertrauen seiner bisherigen Wähler zu behalten. Diese Lösung entsprach der Auffassung der Märker durchaus. Der einsichtige Nachfolger Barschalls in der Leitung des Brandenburger Patriotischen Vereins, Professor Hornig, hielt auf Grund von direkten Auskünften Bismarck in Frankfurt für dringend notwendig, da er die geeignetste Persönlichkeit sei, die preussische Ehre gegen österreichische Anmaßung zu wahren. So schied man von dem bisherigen Vertreter in höchster Anerkennung seines Wertes und wählte zu seinem Nachfolger einen Vertrauten des Königs, den Geheimen Regierungsrat Markus Niebuhr.

Eine dauernde Erinnerung an diese Abgeordnetenzzeit Bismarcks ist das lebensgroße Ölgemälde des großen Mannes, das die Stadt Brandenburg besitzt. Das Bild stellt den Schloßherrn von Schönhausen im Parke seines Gutes stehend dar. Im Hintergrunde ist Herrenhaus und Kirche von Schönhausen sichtbar. Bismarck steht im schwarzen Gesellschaftsrock aufrecht in ruhigem Selbstgefühl da. Der Kopf zeigt den blonden Vollbart, den der Landjunker in bewußter Auflehnung gegen die höfische Sitte trägt, etwas gelichtetes Haupthaar, darunter die mächtig gewölbte Stirn. Eindrucksvoll wirkt der sichere Blick der klaren blauen Augen. An die hohe Gestalt schmiegt sich eng die dänische Dogge Odin, aus deren Augen Klugheit und ruhige Zuverlässigkeit sprechen.*) Das Bild ist auf merkwürdige Art in den Besitz des Magistrats gekommen. Ein tüchtiger Porträtmaler, Moritz Berendt, hatte 1850 Bismarck in Schönhausen ohne erhaltne Bestellung gemalt. Es wurde dann auf Veranlassung des Künstlers eine Verlosung unter dem havelländischen Landadel veranstaltet, und die Gewinnerin schenkte 1854 das Kunstwerk dem Oberbürgermeister Brandt für die Stadt Brandenburg zur dauernden Erinnerung an die Wahl des „wahren Vaterlandsfreundes Otto von Bismarck“ und den Anteil so vieler braver Bewohner der alten vaterländischen Stadt.

So ist also dieses bisher fast ganz unbekanntes Bismarckbild ein denkwürdiges Zeugnis für die hohe Achtung, in der Otto von Bismarck schon damals bei seinen havelländischen Standesgenossen stand, und ein dauerndes Denkmal an den gemeinsamen Wahlkampf des Adels, der Bürger und der Bauern der Mittelmark für die Wiederherstellung der preussischen Monarchie im Jahre 1849.

*) Vgl. des Verfassers Aufsatz im Aprilheft 1908 von Westermanns Monatsheften.

